



ASIEN/SYRIEN - Christen protestieren erneut gegen Entführungen

Hassakè (Fidesdienst) – In der syrischen Provinz Jazira nimmt die Zahl der Entführungen übermäßig zu und vor allem Zivilisten leiden auch in den nicht von den Gefechten zwischen den Rebellen und der Regierungsarmee betroffenen Gebieten darunter. Bei dem jüngsten Entführungsoffer handelt es sich um einen christlichen Apotheker, der am gestrigen Sonntag entführt wurde. Die Entführer fordern ein Lösegeld in Höhe von einer Million syrischen Lire (rund 11.000 Euro). „Für Kriminelle jeglicher Herkunft“ so der syrisch-katholische Erzbischof Jacques Behnan Hindo, von Hassaké-Nsibi, „ist dies ein günstiger Moment, um sich Geld zu beschaffen“.

Am vergangenen Freitag versammelten sich Dutzende Christen zu einer Straßenblockade in Hassaké, wo sie Autoreifen anzündeten, um gegen die Entführung des Rektors der Staatlichen Al-Furat, des Christen Jack Mardini, zu protestieren, der von bewaffneten Männern mitten am Tag verschleppt und nach zwei Stunden wieder freigelassen wurde. In seinem Fall ging es nicht um eine Lösegeldforderung sondern um Fragen, die mit der Tätigkeit der Universität in Verbindung stehen. Dies zeigt, dass Entführungen auch zu einem Mittel der Erpressung geworden sind, wenn es um die Lösung persönlicher und sozialer Konflikte geht.

In den vergangenen Wochen gab es allein in der Stadt Hassaké rund 50 Entführungen, dabei handelte es sich bei den Entführten in der Hälfte der Fälle um Christen. „Viele sind Ärzte, Anwälte oder Freischaffende“, so Erzbischof Hindo, „doch es gab auch bereits erste Entführungsoffer aus den armen Bevölkerungsteilen“. Dabei weist der Erzbischof darauf hin, dass Christen nicht bevorzugte Opfer der Entführer sind: „In den vergangenen Tagen“, so Erzbischof Hindo, „hatten muslimische Entführungsoffer versucht, ihre Entführer um Gnade zu bitten, indem sie ihnen von ihrer Wallfahrt nach Mekka erzählten. Doch die Entführer gingen darauf nicht ein und begannen Allah zu verfluchen und den Propheten Mohammed zu beleidigen, indem sie betonten sie seien nur am Geld interessiert.“ (GV) (Fidesdienst, 04/02/2013)